

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB

Bundesministerin a. D.
Landesvorsitzende der FDP-Bayern
Stellv. Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion

Sabine.Leutheusser-Schnarrenberger.MdB@Platz.der.Republik.1.11011.Berlin

Deutscher Bundestag

Platz der Republik
11011 Berlin

Büro: Unter den Linden 50, Zi. 2.133

K (0 30) 2 27 - 7 51 62

M (0 30) 2 27 - 7 64 02

ξ sabine.leutheusser-schnarrenberger@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Hauptstr. 23

82327 Tutzing

K (08158) 60 15

M (08158) 92 070

sabine.leutheusser-schnarrenberger@wk.bundestag.de

Berlin, 30. Januar 2008

Seit Regierungsantritt der Bundesregierung Merkel am 22. November 2005 hat die CSU jeder Steuererhöhung in Berlin zugestimmt. Der selbst formulierte Anspruch, für Steuersenkungen einzutreten, ist unglaubwürdig. Die Steuerbelastung ist seit Amtsantritt dieser Bundesregierung 2005 um 23 Prozent gestiegen. Die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sind seit Amtsantritt der Regierung Merkel um 0,4 Prozent gesunken.

In der nachfolgenden Aufstellung sind neben den Steuerhöhungsmaßnahmen auch die erweiterten Zugriffe auf die Konten mit aufgeführt. Diese Aufstellung dient der argumentativen Auseinandersetzung mit der CSU als Teil der schwarz-roten Koalition.

Datum	Maßnahme	Abstimmungsverhalten der CSU
15.12.2005	<ul style="list-style-type: none">Abschaffung der EigenheimzulageAbschaffung der degressiven AfAAbschaffung Abzugsfähigkeit von Steuerberatungskosten	100% Zustimmung
19.05.2006	<ul style="list-style-type: none">Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 %Erhöhung der Versicherungsteuer von 16 auf 19 % (allg. Steuersatz)	100% Zustimmung
29.06.2006	<ul style="list-style-type: none">Absenkung der Altersgrenze für Kindergeld/ Kinderfreibeträge von 27 auf 25 JahreKürzung Entfernungspauschale/ Pendlerpauschale nur noch ab 20 kmHalbierung Sparerfreibetrag von 1.370 € auf 750€	100% Zustimmung

	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung Reichensteuer: Erhöhung Spitzensteuersatz von 42% auf 45% 	
29.06.2006	<ul style="list-style-type: none"> • Neueinführung einer Steuer auf Biokraftstoffe: Ab 01.08.2006: 9 Cent je Liter Ab 01.01.2008: Erhöhung auf 15 Cent je Liter • Weitere Steigerung um 6 Cent je Liter pro Jahr - ab 2012 gilt Normal-Steuersatz von 45 Cent je Liter 	100% Zustimmung
25.05.2007	<ul style="list-style-type: none"> • Unternehmensteuerreform: Einführung der Zinsschranke: Beschränkung der Abzugsfähigkeit von Zinsen - damit Besteuerung von Zinsaufwendungen in der Einkommen- u. Körperschaftsteuer • Einbeziehung von Zinsen, Miet-, Pacht-, Leasing- u. Lizenzkosten in die Gewerbesteuer: drastische Erhöhung der Gewerbesteuer insb. für den Einzelhandel • Einschränkungen beim Mantelkauf: bei Anteilswechsel von mehr als 50% gehen Verlustvorträge vollständig unter: Erschwerung von Firmenverkäufen/Übernahmen/ Sanierungen in Not geratener Unternehmen • Einführung Abgeltungsteuer auf Veräußerungsgewinne: sämtliche Gewinne aus Aktienverkäufen sind mit 25% zu versteuern - keine 100% Zustimmung Spekulationsfrist mehr: erhebliche Einbußen bei der Altersversorgung • Verschlechterung bei Abschreibungsbedingungen: Wegfall der degressiven AfA • Ausdehnung des Kontenabrufverfahrens trotz Abgeltungsteuer: endgültige Abschaffung des Bankgeheimnisses, umfassende Überwachung aller Konteninhaber 	100% Zustimmung
08.11.2007	<ul style="list-style-type: none"> • Jahressteuergesetz: Einführung der zentralen Lohnsteuerdatei: umfassender Datenpool mit persönlichen Daten aller Steuerpflichtigen, seines Ehepartners und seiner Kinder: gegenwärtige und ehemalige Arbeitgeber, Religionszugehörigkeit, Anzahl aller Kinder - auch Private haben Zugriff • Änderung § 42 AO: Steuerpflichtiger muss beweisen, dass ein steuerwirksames 	100% Zustimmung

	<p>Verhalten außersteuerliche Gründe hat (Heirat im Dezember)</p> <ul style="list-style-type: none">• Verschlechterung der Bedingungen für die Unternehmensübergabe gegen Versorgungsleistungen	
11.12.2007	<ul style="list-style-type: none">• Kabinettsbeschluss Erbschaftsteuerreform: Steuererhöhung für überwiegende Zahl aller Erben droht Betriebserben werden teilweise höher belastet, damit Gefahr für den Mittelstand	<p>Zustimmung der CSU-Minister Glos und Seehofer - danach Forderungen nach Nachbesserungen!!!</p>